

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2020

22. Dezember 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 neigt sich seinem Ende zu. Ein Jahr, wie wir es so noch nicht gekannt haben. Niemals hätte ich es für möglich gehalten, mit welchen Gefahren und Einschränkungen wir leben müssen, um die Gesundheit und das Leben vor allem unserer älteren und vulnerablen Mitmenschen nicht zu gefährden und unser Gesundheitssystem nicht an den Rand des Leistbaren zu bringen.

Nun befinden wir uns zum zweiten Mal im Lockdown. Wieder müssen vielerseits große Opfer gebracht werden, insbesondere von Kunst- und Kulturschaffenden und Betrieben, die wegen der vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen erneut geschlossen bleiben müssen oder große Umsatzeinbußen verzeichnen. Immer wieder erreichen mich als Abgeordneten hier Klagen und Fragen von Betroffenen. Zentral geht es darum, was gegen das Virus hilft oder nicht. Daran müssen sich die getroffenen Maßnahmen messen lassen. Und da gilt es, so viele Kontakte wie möglich zu vermeiden. Die wirtschaftlichen Folgen müssen auch jetzt wieder durch weitere Hilfsprogramme abgedeckt werden.

Die strengen Maßnahmen waren jetzt richtig und notwendig. Doch bleibt die Frage, ob man nicht viel früher hätte handeln können und müssen. Selbst der Ministerpräsident hat nun eingestanden, dass man schneller hätte reagieren müssen. Ja, man hätte schon im Sommer, als allen klar war, dass mit dem Herbst eine zweite Welle kommt, Szenarien entwickeln müssen, wie man entsprechend der Entwicklung der Inzidenzwerte verfährt. Doch konkrete Strategien gibt es bis heute von der Grün-Schwarzen Landesregierung keine. Besonders offensichtlich wurde dies an unseren Schulen. Nach der kompletten Schließung

im Frühjahr setzte Kultusministerin Eisenmann nun stur auf den vollen Präsenzbetrieb. Konzepte, wie sie die SPD mit „Das krisenfeste Klassenzimmer“ schon zu Pfingsten erarbeitet hatte, wurden nicht in Erwägung gezogen. Zwischen „Alles zu“ und „Alles auf“ gibt es nämlich viele Zwischenschritte, die durch abgestufte Unterrichtsmodelle ein flexibles Unterrichten in Coronazeiten - abhängig von den Infektionszahlen - erlaubt hätten. Doch chaotisch und verfrüht ging es in die Weihnachtsferien. Und ob und wie es nach den Ferien weitergeht, steht derzeit noch in den Sternen.

Zu hoffen und zu wünschen bleibt, dass sich das Infektionsgeschehen durch die ergriffenen radikalen Maßnahmen über die Festtage und den Beginn der Impfungen verlangsamt und wir die Pandemie wieder einigermaßen unter Kontrolle bekommen. Doch Hoffen und Wünschen ist kein probates Mittel politischen Handelns. Grün-Schwarz muss endlich aufhören, sich vom Virus vor sich hertreiben zu lassen. Wir brauchen konkrete Wenn-Dann-Szenarien und vor allen Dingen eine klare und rechtzeitige Kommunikation. Nur dann können wir die Bürgerinnen und Bürger weiter mitnehmen und auf ihr Verständnis und ihre Unterstützung zählen. Andernfalls werden wir noch mehr Menschen an obskure Corona-Leugner und Populisten verlieren.

Es wird ein anderes Weihnachten werden, das uns allen viel abverlangt. Ein Weihnachten im kleinsten Kreis mit weniger Wärme und weniger Nähe. Und auch ein Jahreswechsel, der viel stiller und kleiner ausfällt als sonst. Doch lassen wir uns die Freude auf die besinnlichen Tage nicht nehmen und auch nicht die Hoffnung, dass das kommende Jahr wieder ein besseres und froheres wird. In diesem Sinne wünsche ich Euch, Euren Familien und Freunden unter den gegebenen Umständen eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein glückliches und gesundes Jahr 2021. Und natürlich wie immer eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Krisenmanagement des Sozialministers

In der 133. Sitzung am 12. November hinterfragte die SPD-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Debatte das Krisenmanagement von Grünen-Sozialminister Manne Lucha. (Auszug aus meiner Rede)

Kritik an Lucha kommt nicht allein von der SPD, sondern von zahlreichen Stellen. Dabei geht es nicht darum, ihm bösen Willen vorzuwerfen. Aber er lässt eine aktive Rolle, Führungsqualitäten und notwendiges Handeln vermissen. Es reicht nicht, auf Bund und Gesundheitsämter zu verweisen und zu sagen, es laufe im Land. Es läuft nicht *wegen*, sondern *trotz* Minister Lucha. Der Landkreistag monierte, dass jeder Krisenstab in einem Landkreis größer sei als der Krisenstab im Sozialministerium. Das ist kein verantwortlicher Umgang mit der Krise. Während Lucha die Antigentests viel zu spät bestellt hat und den Heimen empfiehlt, sich selbst welche zu besorgen, hat Bayern bereits 500.000 Tests verteilt und 10 Millionen bestellt. Dort nimmt man die Fürsorgepflicht ernst. Was Schutzausrüstung und Tests betrifft, wartet der Markt nicht, bis auch dem letzten Nachzügler ein Licht aufgeht. 95 Prozent der Schutzausrüstungen haben die Landkreise selbst organisiert. Wozu braucht's dann noch eine Landesregierung? Eine Krise verlangt besonderes Handeln, Entschlossenheit und eine andere Gangart. Aber Minister Lucha staunt sich von Monat zu Monat durch die Krise mit großen Kinderaugen und hofft, dass schon alles von alleine besser wird. Er hat den Sommer verschlafen und war von der lange angekündigten zweiten Welle so überrascht, dass seine Stufenpläne schnell wieder überholt waren. Die Gesundheitsämter wurden allein gelassen. Zum Glück half der Bund mit der Bundeswehr.

Als 2015 Tausende Flüchtlinge ins Land kamen, war das eine gewaltige Herausforderung. Aber damals hat Baden-Württemberg gehandelt - über Ressortgrenzen hinweg mit klaren einheitlichen Prozessen und schnellen Lösungen, um die Kommunen nicht alleine zu lassen. Es gab eine Krisenbewältigung, die den Namen auch verdient hat. Wichtig ist nicht, für welchen Minister ein Stab arbeitet, sondern welche Aufgabe er am besten lösen kann und welche Ressourcen er dafür einsetzt. Es müssen klare Prozesse formuliert werden, die alle Regelungen einheitlich und verständlich kommunizieren. Es kann nicht sein, dass die Behörden keine klaren Aussagen machen können und die Polizei diese nicht durchsetzen kann. Hier hat Sozialminister Lucha versagt. Die SPD und die Landesregierung haben dasselbe Ziel bei der Bekämpfung der Pandemie, aber wir müssen dieses deutlich entschlossener und professioneller angehen!

Sondersitzung zu verschärften Corona-Maßnahmen

Am 14. Dezember diskutierte der Landtag in einer Sondersitzung die von den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin gemeinsam beschlossenen Maßnahmen zur stärkeren Eindämmung des Infektionsgeschehens ein. (Auszug aus meiner Rede)

Diese Sitzung ist ein weiterer Beleg, wie dramatisch die Situation ist. Die Infektions- und Todeszahlen steigen weiter. Die Kapazitäten in unseren Kliniken reichen bald nicht mehr aus. Wir müssen jetzt handeln und zwar mit aller Entschlossenheit. Die Ende Oktober beschlossenen Maßnahmen waren nicht ausreichend und teilweise auch ungeeignet, die Infektionswelle zu brechen. Die verstärkten Auflagen und Einschränkungen halten wir für richtig und dringend notwendig, aber es hat zu lange gedauert. Der Streit und die Profilierungssucht der Koalitionspartner haben sich lähmend auf die Suche nach Lösungen ausgewirkt. Ich habe bereits am 24. November angemahnt, dass endlich gehandelt werden muss. Doch Thema bei der Landesregierung war: Wie groß darf die Weihnachtsfeier sein? Wer darf wann und wo Glühwein trinken? Wer darf Silvester mit Böllern werfen? Diese Debatten waren völlig abwegig und eine Zumutung für die Menschen, die Corona bis an ihre Grenzen bringt. Der Ministerpräsident sprach auf meine Zweifel hin sogar vom verfassungsrechtlich geschützten Weihnachtsfest. Aber weder in der Verfassung noch in der Bibel steht, dass Weihnachten nur mit zehn Personen aus beliebig vielen Haushalten gefeiert werden kann. Ich habe schon damals deutlich gemacht, dass diese Lockerungen eine verfehlte Signalwirkung haben, die sich böse rächen könnte. Warum die Menschen nicht einfach auffordern, nur im engsten Kreis zu feiern? Meine Forderungen wurden als Panikmache und sogar als politischer Selbstmord bezeichnet. Nein, es war die Wahrheit, die jeder anhand der Zahlen hätte sehen können. Auch ich wünsche mir schöne Weihnachten, ohne Corona. Aber wenn man Wunsch und Wirklichkeit nicht auseinanderhalten kann, hat man ein Problem in der Politik. Jetzt haben wir so gut wie keine Lockerungen mehr. Die Einschränkungen sind heftig, aber sie sind nötig. Es wäre uns aber vielleicht leichter gefallen, wenn man auf die Lockerungspläne von Anfang an verzichtet und nichts versprochen hätte. Was das verkrampfte Festklammern am Prinzip Hoffnung angerichtet hat, sehen wir doch am besten am Chaos an unseren Schulen. Pläne und Strategien für den verantwortlichen Umgang mit dem Virus lässt Frau Eisenmann weiterhin vermissen.

Erster Digitaler SPD-Landesparteitag

Am 14./15. November fand unser Landesparteitag coronabedingt online statt. Es war unser erster digitaler Parteitag und eine ziemliche Herausforderung. Aber wir haben sie sehr gut bewältigt. Wir haben neue Wege gefunden und ein Beispiel gesetzt – vor allem für andere Parteien, die ihre Parteitage ewig vor sich herschieben. Wir haben einen Parteitag abgehalten, der sich trotz allem wie ein Parteitag anfühlte. Er war gut organisiert, sicher und effektiv und hat allen rechtlichen Ansprüchen genügt. Ein Dank gebührt allen, die dabei geholfen haben.

Wir haben damit deutlich gezeigt, wo die Stärken der SPD liegen. Wir können weitaus mehr, als nur jammern und zurückblicken. Die SPD schaut und handelt nach vorn und kann mit den derzeitigen schwierigen Gegebenheiten professionell umgehen. Das macht mich stolz, vor allem, wie der Parteitag inhaltlich ablief. Auch in digitaler Form ist es uns gelungen, um die besten Konzepte für unser Land zu ringen. Über 1.000 Zuschauerinnen und Zuschauer verfolgten zusätzlich zu den 320 Delegierten den Parteitag über einen Live-Stream. Die Delegierten wurden per Webkonferenz zugeschaltet und konnten so nahezu in Echtzeit diskutieren.



Foto: SPD Baden-Württemberg

Als Landesvorsitzender wurde ich mit 94,75 Prozent bestätigt und zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2021 ernannt. Im Gegensatz zur Kandidatenkür, die durch Hochhalten von Schildern in die Kamera stattfand, wurden die Landesvorstandswahlen und die Wahlen zur Schieds- und Kontrollkommission an 20 Urnenstandorten im ganzen Land verteilt analog durchgeführt. Ich danke meinen Genossinnen und Genossen für die Wahl und das Vertrauen und freue mich sehr über dieses gute Ergebnis. Denn es zeigt, wie geeint die SPD in Baden-Württemberg in diesen Wahlkampf geht. Ich bin bereit anzupacken und zu zeigen, warum die SPD dringend in der baden-württembergischen Landesregierung gebraucht wird.

Nominierung von Leni Breymaier

Unsere Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier war die einzige Kandidatin bei der Nominierungssammlung am 11. Dezember. Die Genossinnen und Genossen zeigten sich sehr zufrieden mit ihrer Arbeit und nominierten sie erneut mit einer Zustimmung von 96,2 Prozent.



Foto: SPD-Kreisverband

Leni berichtete aus dem Bundestag, wo die Haushaltsberatungen anstanden. „Wir wollen gut durch die Krise kommen – gesundheitlich, wirtschaftlich, sozial. Darauf konzentrieren wir uns im Bundeshaushalt 2021. Wir schützen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, stabilisieren die Wirtschaft und stellen die Weichen für die Zukunft.“ Dafür sei es gerechtfertigt, mit 498,6 Milliarden Euro einen Rekordhaushalt aufzustellen. Natürlich bedeute das, mehr Schulden als geplant aufzunehmen. Doch wer jetzt zögert und zaudert, habe später den größeren Schaden. „Ich sage Euch, ich war noch nie so froh über die Beteiligung der SPD an der Regierung, wie in den letzten Krisenmonaten“, erklärte Leni. Da habe sich gezeigt, was die SPD als verlässliche Kraft in der Regierung bewegen kann. Finanzminister Olaf Scholz von der SPD sei es, der jetzt dafür Sorge, dass die Kommunen und die von der Corona-Krise Betroffenen den notwendigen wirtschaftlichen Ausgleich bekämen. Arbeitsminister Hubertus Heil von der SPD sei es, der mit der Ausgestaltung des Kurzarbeitergeldes die Grundlage für den Erhalt Tausender Arbeitsplätze geschaffen habe. Gleichwohl sei die Groko anstrengend, weil CDU/CSU längst verabredete Vorhaben immer wieder verzögere oder verwässere. Aber die Karten werden 2021 neu gemischt und die SPD trete mit dem erfolgreichen Vizekanzler Olaf Scholz als Spitzenkandidaten an.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de